

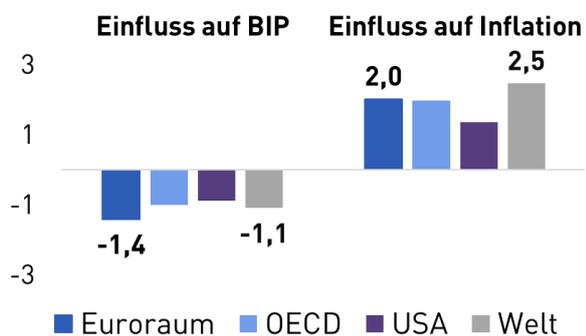


## CHART OF THE WEEK

### UKRAINE-KRIEG DÄMPFT WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Vor Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts wurde erwartet, dass sich die weltweite Erholung im Jahr 2022 fortsetzen würde. So prognostizierte die OECD im Dezember 2021 ein globales BIP-Wachstum 2022 von 4,5%.

**Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf BIP & Inflation**  
Veränderung in Prozentpunkten

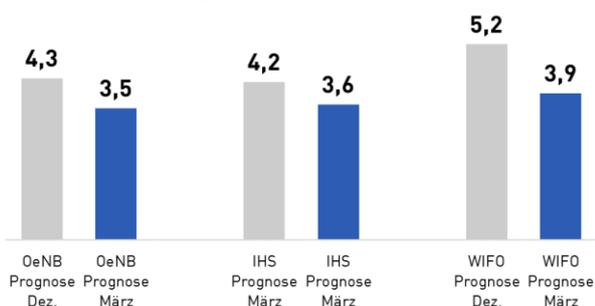


Quelle: OECD

Doch der Krieg in der Ukraine hat einen neuen negativen Schock für die Weltwirtschaft ausgelöst, genau zu einem Zeitpunkt, an dem die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie abzuflauen schienen. Die OECD geht nun davon aus, dass das weltweite Wirtschaftswachstum heuer um mehr als einen Prozentpunkt niedriger und die globale Inflation um 2,5 Prozentpunkte höher ausfallen könnte, als vor dem Krieg prognostiziert. Dabei sind die Auswirkungen der Schocks von Region zu Region unterschiedlich, wobei die europäischen Volkswirtschaften am stärksten betroffen sind.

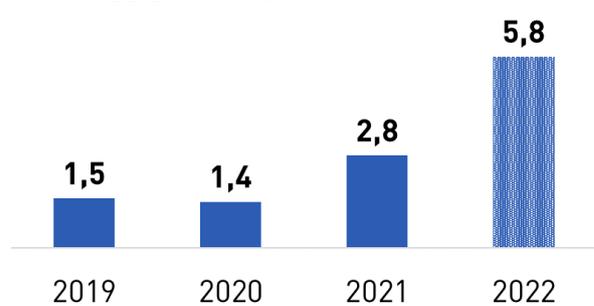
Für Österreich haben die OeNB sowie die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS ihre BIP-Prognosen für 2022 um 0,6 bis 1,3 Prozentpunkte nach unten revidiert (im Vergleich zur Dezember-Prognose 2021). Dementsprechend erwartet die OeNB ein BIP-Wachstum von 3,5% (statt 4,3%), das IHS 3,6% (statt 4,2%) und das WIFO 3,9% (statt 5,2%). Die Inflation wird von allen Instituten kräftig nach oben revidiert: Getrieben vom Energiepreisschock sollen die Verbraucherpreise 2022 laut WIFO um +5,8% (statt 3,3%) steigen, das IHS prognostiziert +5,5% und die OeNB +5,3%. Arbeitslosigkeit und Beschäftigung werden hingegen nicht im gleichen Ausmaß auf den Ukraine-Krieg reagieren und dementsprechend soll die Arbeitslosigkeit 2022 sinken.

**Prognosen v. OeNB, WIFO, IHS: BIP-Wachstum AT, 2022**  
BIP real, Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, WIFO, IHS

**Verbraucherpreise in Österreich**  
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Quelle: WIFO

**Fazit:** Der Ukraine-Krieg bremst die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie und belastet die österreichische Wirtschaft. Nun gilt es, die negativen Auswirkungen auf das Wachstum zu verringern und Unternehmen und Haushalte vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise zu entlasten.